

1. Was ist Ihre persönliche Motivation, für ihre Partei anzutreten? Warum gerade diese Partei?

Für mich war nach der friedlichen Revolution 1989/1990 klar, dass ich mich persönlich einbringen will- mitmachen, statt meckern. So war ich Wahlhelfer bei der ersten freien Wahl, der Volkskammerwahl, am 18.03.1990. Ich bin seit 1994 Stadtrat in Chemnitz. 1990 trat ich, nach der verlorenen Bundestagswahl, in die SPD ein: Willy Brandt und der Kniefall von Warschau, Helmut Schmidt mit seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Grundwerte der Partei, aber auch die Schwierigkeiten der SPD als wirkliche Neugründung (ohne Mitgliederübergänge wie bei CDU und FDP) waren ausschlaggebend.

2. Sie möchten als Direktkandidat:in für die Stadt Chemnitz in den Bundestag gewählt werden. Was wollen Sie für Chemnitz im Bundestag erreichen? Und wie wollen Sie dies für uns Chemnitzer:innen besser sichtbar machen?

An den für die weitere Entwicklung der Stadt alles bestimmenden Verkehrsprojekten weiterarbeiten, diese begleiten und anschieben, Druck machen. Es ist mir mit der Unterstützung vieler Chemnitzer und Chemnitzerinnen gelungen, den Ausbau und die Elektrifizierung der Bahnstrecke Chemnitz-Leipzig in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes zu platzieren. Gleiches gilt für das Ziel, Chemnitz vor 2025 wieder an das Fernverkehrsnetz der Bahn anzuschließen. Durch ständigen Druck haben wir es geschafft: Die Fernverkehrsleistung Chemnitz-BER-Berlin Hbf ist ausgeschrieben, Bewerbungen von Verkehrsunternehmen liegen vor: Ab Juni 2022 hat Chemnitz wieder Bahn-Fernverkehr. Generell gilt es, mit beharrlicher Arbeit in und mit Chemnitz, mit Durchsetzungskraft und Penetranz für Chemnitzer Projekte in Berlin -Bundesregierung und Bundestag- zu werben und zu kämpfen: Kulturhauptstadt, Unternehmensansiedlungen, Denkmalschutz, Förderung kommunaler Sporteinrichtungen wie Hauptstadion und Eislaufbahn seien als Beispiele genannt. Die Information der Bevölkerung über diese Ziele, Pläne und Projekte sind nicht per „Pressemitteilung“ althergebracht zu schaffen - Intensive Nutzung verschiedener Social Media-Kanäle gehören genauso dazu, wie persönliche Gespräche und die Nutzung lokaler und überregionaler Medien. Generell ist das alles jedoch keine Einbahnstraße: die Bürgerinnen und Bürger müssen auch selbst aktiv werden, die Unzahl von Informationen auch abrufen, werten und nutzen.

3. Die Kommunen ächzen unter der Last des exponentiellen Wachstums mancher Leistungen für die Schwächsten in unserer Gesellschaft, wie beispielsweise den Hilfen zur Erziehung. Was wäre Ihr Ansatz, um die Kommunen hierbei zu unterstützen?

Zukünftig muss es einen stärkeren Dreiklang bei der Finanzierung sozialer Leistungen für die Schwächsten geben: Bund, Land und Kommune. Es muss allen Bewusst sein, dass eine ausreichende Finanzierung schon allein aus präventiven Gründen stattfinden muss. Die Folgen der Corona-Pandemie werden uns in den nächsten Jahren auch weiter beschäftigen, gerade im Kinder- und Jugendbereich, gerade bei den sozial Schwächsten. Und hier ist auch der Bund dazu aufgefordert mehr zu investieren. Seit Januar 2018 übernimmt die Bundesstiftung Frühe Hilfen als wichtiger Bestandteil des Bundeskinderschutzgesetzes diese Aufgabe. Die Bundesstiftung stellt dazu dauerhaft jährlich 51 Millionen Euro zur Verfügung. Um die Folgen der Corona-Pandemie abzumildern und mehr junge Familien mit zusätzlichen Angeboten zu erreichen, wurde bereits mit dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ zusätzlich 50 Millionen Euro für die Jahre 2021 und 2022 bereitgestellt. Unsere Ideen und Pläne aus dem Zukunftsprogramm:

- Eine Gesundheitsforschung, Ausbildung und Versorgungspraxis die sich nicht aus schließlich an den Daten von weißen, männlichen erwachsenen Probanden orientiert.
- Förderung von Programmen in den Bereichen Prävention und Krankheitsfrüherkennung, die die Besonderheiten verschiedener Altersgruppen und Geschlechter berücksichtigen.
- Entwicklung eines Konzepts der Kindergrundsicherung, das aus zwei zentralen Bereichen besteht. Zum einen aus einer Infrastruktur, die gerechte Bildung und Teilhabe für alle Kinder ermöglicht (gute und beitragsfreie Kitas, ein Ganztagsangebot für Schul-kinder, eine soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche und freie Fahrt in Bus und Bahn im Nahverkehr sowie ein Recht auf Mobilität vor allem für den ländlichen Raum).
- Ein neues existenzsicherndes, automatisch ausgezahlten Kindergeld, das nach Einkommen der Familie gestaffelt ist – je höher der Unterstützungsbedarf, desto höher das Kindergeld. Das neue Kindergeld ersetzt so den Kinderfreibetrag und bündelt bisherige Leistungen.
- Ein Bundesprogramm „Gemeindehaus 2.0“ werden wir aufbauend auf dem Netz der Mehrgenerationenhäuser noch mehr Angebote unter einem Dach bündeln: außerschulische Bildung, Sport, Kultur und Jugendarbeit, Netzwerke für den Kinderschutz, barrierefreie digitale Infrastruktur für alle Kinder und Jugendlichen, die sie für Bildung und gesellschaftliche Teilhabe benötigen. Selbstbestimmte Räume für die Kinder- und Jugendarbeit müssen unabhängig davon erhalten und ausgebaut werden.
- Die Mittel von Bund und Ländern müssen durch die zusätzliche Einführung von Sozialkriterien da ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.
- Unterstützung von Schutzkonzepten unter anderem mit Kinderschutzbeauftragten für Kitas, Schulen, Jugendhilfe-Einrichtungen und Vereinen
- Schaffung von Präventionsketten und Netzwerken für Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen, in denen Jugendhilfe und Gesundheitsdienst, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, öffentliche und freie Träger, Sportvereine und Verbände, Polizei und Familiengerichte auf kommunaler Ebene verbindlich zusammenwirken.
- Fazit: Nicht mehr immer nur reine „Feuerwehreinsätze“ sondern gezielt auf präventivere Maßnahmen setzen.
- Die Bundesländer können ab Anfang Juli 2021 bei der Bundesstiftung Frühe Hilfen zusätzliche Mittel beantragen und die ersten Angebote umsetzen.

4. Selbst, wenn die Corona-Pandemie zeitnah bewältigt werden sollte, sind die daraus entstandenen Herausforderungen vielfältig. Viele Fragen zur langfristigen Verteilung der finanziellen Belastung sind noch nicht beantwortet. Was ist Ihr Konzept, um die Lasten zu verteilen? Sehen Sie beispielsweise Steuererhöhungen für Besserverdiener:innen als ein geeignetes Mittel zur Finanzierung?

Ja. Die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen ist eine Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die Folge ist ebenso die von Ihnen in der folgenden Frage angesprochene Politikverdrossenheit.

- Gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug muss konsequent vorgegangen werden.
- grenzüberschreitende Steuergestaltungsmodelle wurden bereits der Anzeigepflicht unterworfen und eine nationale Anzeigepflicht muss folgen.
- Beendigung der Umgehung der Grunderwerbsteuer (Share Deals).
- Beendigung des Umsatzsteuerbetrugs bei Karussellgeschäften auf europäischer Ebene.

- Mehr öffentliche Transparenz, um Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Wir werden Steuervermeidung mit einem öffentlichen Reporting großer, international agierender Unternehmen eindämmen.
- Gerechtere Besteuerung von Einkommen Das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Deshalb wollen wir eine Einkommensteuerreform, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht.
- Für viel Verdienere soll es einen Aufschlag von drei Prozentpunkten zur Einkommensteuer geben. Er soll künftig bei Verheirateten für den zu versteuernden Einkommensanteil oberhalb von 500.000 Euro im Jahr, bei Ledigen ab 250.000 Euro im Jahr gelten.
- Regelmäßige Anpassung der Bemessungsgrenze zur Erhebung der Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.
- Den Solidaritätszuschlag haben wir für die allermeisten Bürger*innen abgeschafft. Die Einnahmen aus dem verbliebenen Solidaritätszuschlag, den nur noch die Spitzenverdiener*innen zahlen, werden wir weiter brauchen. Er ist ein gerechter Beitrag zu einem stabilen Gemeinwesen, das allen nutzt.

5. Hinter dem oft einfachen erscheinenden Begriff der Politikverdrossenheit versteckt sich vielmehr unbeantwortete Fragen von wachsender sozialer Ungerechtigkeit. Wie werden Sie dieser Herausforderung für unsere Demokratie begegnen?

Ja, soziale Ungerechtigkeit, das Gefühl „abgehängt“ zu sein hat dazu geführt, dass viele Menschen nicht mehr glauben, dass Politikerinnen und Politiker in „ihrem“ Sinne agieren, gar abgehoben sind. Zudem sind viele Prozesse und Entscheidungen nur schwer nachzuvollziehen sowie verständlich. Ich bin der Meinung, dass ich als Abgeordneter den Kontakt zu den Menschen nicht verlieren darf und komplexe Prozesse und Entscheidungen erklären muss. Es gab auch Entscheidungen in der Vergangenheit, die notwendig waren, aber gravierende Mängel und Benachteiligungen für Betroffene zur Folge hatten. So wollen wir Harzt VI durch ein „Bürgergeld“ ersetzen und Verbesserungen für Betroffene erreichen. Die Regelsätze im neuen Bürgergeld müssen zu einem Leben in Würde ausreichen und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen. Das Bürgergeld muss absichern, dass eine kaputte Waschmaschine oder eine neue Winterjacke nicht zur untragbaren Last werden. Die Kriterien zur Regelsatzermittlung werden wir weiterentwickeln und Betroffene und Sozialverbände mit einbeziehen.

Wer mich kennt, weiß, dass ich mit den Chemnitzerinnen und Chemnitzern gern auf Augenhöhe spreche und auch so jederzeit ansprechbar bin. Viele Menschen in dieser Stadt haben meine Handynummer, rufen mich auch oft direkt an oder schreiben mir über den Facebook Messenger. Den Chemnitzerinnen und Chemnitzern so zu begegnen und wenn möglich direkt zu helfen, dass ist es was mir auch an meiner Arbeit Freude bereitet. Sicher kann man nicht allem und jedem helfen. Dazu gehört auch die Ehrlichkeit zu sagen was möglich ist, und was eben nicht möglich ist. Weiter muss ich als Abgeordneter auch Vermittler zwischen verschiedenen Positionen sein. Außerdem gibt es noch die Wahlkreisbüros, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind immer für die Anliegen der Menschen ansprechbar.

Siehe Antwort auf Frage 2: Die Information der Bevölkerung über diese Ziele, Pläne und Projekte sind nicht per „Pressemitteilung“ althergebracht zu schaffen - Intensive Nutzung verschiedener Social Media-Kanäle gehören genauso dazu, wie persönliche Gespräche und die Nutzung lokaler und überregionaler Medien. Generell ist das alles jedoch keine Einbahnstraße: die Bürgerinnen und Bürger müssen schon auch selbst aktiv werden, die Unzahl von Informationen auch abrufen, werten und nutzen. Die

verbreitete „Pizzadienst-Mentalität“ - ich bestelle eine Information und bekomme diese schnell und mündgerecht (Facebook: Hallo, wann fährt der Bus Linie 82?) - lehne ich ab.

6. Spätestens während der Corona-Pandemie wurde sichtbar, dass sichtbar vielen Verantwortungsträger:innen in der Politik die Kultur als verzichtbares Freizeitvergnügen gilt. Mit der Kulturhauptstadt Europa in Chemnitz hat sich jedoch eine ganze Stadt und Region auf den Weg gemacht, um die Kultur essenzielle Zukunftsfragen anzugehen. Wie gehen Sie mit diesem Widerspruch um?

Ich finde dies ist eine ziemlich pauschale Aussage. Kultur ist kein reines Freizeitvergnügen. Teilhabe an Kunst und Kultur ist ein Schlüssel zu Selbstbewusstsein und Persönlichkeitsentwicklung. Kultur ist Bildung, systemrelevant, prägt uns, bestimmt unser Zusammenleben und verbindet uns, ist Inspiration und Katalysator von Debatten.

Sowohl der Chemnitz Stadtrat, Landtag als auch der Deutsche Bundestag haben versucht die Kulturschaffenden zu unterstützen. Sicher haben wir nicht alles richtig gemacht.

Dennoch:

Seit dem 15. Juni 2021 gibt es den Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen, den die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern konzipiert hat und der ab dem 15. Juni 2021 an den Start geht. Der Sonderfonds unterstützt Wiederaufnahme und Planbarkeit von Kulturveranstaltungen.

Der Sonderfonds ergänzt damit die bestehenden Hilfen des Bundes für die Kulturbranche: Mit NEUSTART KULTUR hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr ein Programm zur Erhaltung der kulturellen Infrastruktur aufgelegt, für das 2 Milliarden Euro zur Verfügung standen. Eine gezielte Unterstützung von Kreativen ermöglicht der Bund darüber hinaus durch die Überbrückungshilfe III, hier vor allem durch die Neustarthilfe für Solo-Selbstständige. Sicher ist wir alle leiden unter der derzeitigen Situation. Es wird wohl noch etwas andauern.

Aus dem Wahlprogramm:

- Wir wollen Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern.
- Die Kommunen auch finanziell dauerhaft in die Lage zu versetzen, Kunst und Kultur aus eigener Kraft zu fördern. Wir werden die Bundeskulturfonds ausbauen und Programme auflegen, mit denen kulturelle Freiräume gesichert und entwickelt werden können.
- Rahmenbedingen auf den Märkten für Kultur- und Kreativwirtschaft so gestalten, dass entsprechende Geschäfts- und Erlösmodelle gestärkt werden.

